



NEUESTE NACHRICHTEN

Donnerstag, 8. Februar 2018

Badische Presse

73. Jahrgang · Nr. 32 · Ausgabe Karlsruhe

Olympia auf einem Blick

Karlsruhe (da). Mit einer Sonderbeilage und mit Sonderseiten im Sportteil stimmen wir unsere Leser auf die Olympischen Winterspiele im südkoreanischen Pyeongchang ein.



Früher als vom Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) vorgesehen drang nun von dort aus dem Deutschen Haus: Der Nordische Kombinierte Eric Frenzel wird an diesem Freitag die deutsche Mannschaft als Fahnenträger bei der Eröffnungsfeier anführen. Dieser Wahlausgang war vor der für Donnerstag vorgesehenen Bekanntgabe des DOSB durchgesickert.

Unterdessen beschäftigt sich die Ad-hoc-Kommission des Internationalen Sportgerichtshofs wieder mit Klagen von russischen Athleten. ■ Sonderbeilage, Sport

Die GroKo ist auf dem Weg

Das Forum Recht kommt nach Karlsruhe

- Leitartikel
- Die lange Nacht von Berlin
- Alles zum Koalitionsvertrag



Foto: dpa

HEUTE AKTUELL

BGH stärkt Mieter

Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe hat in zwei Urteilen die Rechte von Mietern und Wohnungseigentümern bei ungewöhnlich hohen Energierechnungen gestärkt. Wirtschaft

Stober-Kunstpreis

Unter dem Titel „Stilles Land“ sind Arbeiten von Benno Blome, Preisträger der Werner-Stober-Stiftung, in der Städtischen Galerie Karlsruhe zu sehen. Kultur

Polizei plant um

Nach der Absage des Kurdenmarches werden die ursprünglich angefragten Polizeikräfte anderweitig eingesetzt. Für die Beamten nichts Ungewöhnliches. Südwestecho

Tesla fährt zum Mars

Alternative Antriebstechnik mal ganz anders: Mit seiner Weltraumrakete schoss Milliardär und Elektroauto-Pionier Elon Musk einen Tesla in Richtung Mars. Blick in die Welt

Schalke im Halbfinale

Der FC Schalke 04 hat nach einem 1:0-Erfolg gegen den VfL Wolfsburg das Halbfinale des DFB-Pokals erreicht. Auch Eintracht Frankfurt hatte Grund zum Jubeln. Sport

Wehrlein startet in DTM

Pascal Wehrlein kehrt nach zwei Jahren in der Formel 1 in die Deutschen Tourenwagen-Masters zurück. Er erhält einen Platz im Team von Mercedes. Sport

IM LOKALTEIL

Karlsruher Filmemacher

Der Regisseur Serdar Dogan hat viele Visionen und Projekte. Derzeit arbeitet er an einer Doku über die Liebe und spricht bei der Berlinale über mögliche Spielfilme.

Kulturhauptstadt

Region plus „Ornamenta“ plus Kulturhauptstadt könnte es sein: In Pforzheim wird derzeit auf vielen Ebenen über diese Kombination für das Jahr 2025 gesprochen.

WETTER: heiter



Tag -4°/5°
Nacht -1°/-2°

Wetterkarte und den ausführlichen Bericht finden Sie auf Seite 13.

Berlin/Karlsruhe (AFP/dpa/BNN). Union und SPD haben viereinhalb Monate nach der Bundestagswahl einen Koalitionsvertrag ausgehandelt – und warten jetzt auf das Votum der SPD-Mitglieder. Die Partei steht indes vor einem erneuten personellen Umbruch. Kanzlerin Angela Merkel (CDU), CSU-Chef Horst Seehofer und der SPD-Vorsitzende Martin Schulz präsentierten am Mittwochmittag den 177-seitigen Vertrag. Schulz kündigte an, er wolle als Parteichef zurücktreten und Außenminister werden. SPD-Fraktionschefin Andrea Nahles soll dann auch den Parteivorsitz übernehmen.

Merkel und Seehofer zeigten sich zufrieden mit dem Vertrag, dessen letzte Details die Unterhändler der drei Parteien in einer rund 24-stündigen Marathonsitzung vereinbart hatten. „Es hat sich gelohnt“, sagte Merkel. Sie räumte ein, dass besonders die Ressortverteilung stark umstritten war: „Wir haben in der Sache Kompromisse gemacht – und auch in der Zuteilung der Ressorts.“ Schulz reklamierte eine „sozialdemokratische Handschrift“ für sich

und warb mit Blick auf das Mitglieder-votum eindringlich um Zustimmung. Die Wahlunterlagen an die rund 463 000 SPD-Mitglieder werden bis zum 20. Februar verschickt, bis Mitternacht am 2. März können die Stimmen abgegeben werden. Am 4. März wird das Ergebnis bekanntgegeben. Die SPD bekam mit dem Auswärtigen Amt, dem Finanz- und Arbeitsministerium drei Schlüssel-

ressorts. Wichtigster SPD-Mann im Kabinett soll dann Hamburgs Regierungschef Olaf Scholz als Finanzminister und Vizekanzler werden. Der CSU-Vorsitzende Seehofer soll ein neu zugeschnittenes Superministerium für Inneres, Heimat und Bau bekommen.

Strittig waren bis zuletzt besonders die Arbeitsmarkt- und Gesundheitspolitik. Im Bereich Gesundheitspolitik soll eine Kommission bis Ende 2019 Vorschläge für eine Reform der Arzthonorare für Kassen- und Privatpatienten erarbeiten. CDU und SPD sollen je sechs Ministerien bekommen, die CSU drei. Die CDU

kommt bei der Postenverteilung relativ schlecht weg. Die Partei verliert mit dem Innen- und dem Finanzressort zwei der wichtigsten Ministerien. Der bisherige Innenminister Thomas de Maizière zieht sich ganz aus der Bundesregierung zurück. In der CDU könnte der bisherige Kanzleramtsminister Peter Altmaier neuer Wirtschaftsminister werden, Verteidigungsministerin Ursula von der

Leyen im Amt bleiben. Bei der SPD könnten Justizminister Heiko Maas, Familienministerin Katarina Barley und Umweltministerin Barbara Hendricks im Amt bleiben. Bei der CSU sind neben Seehofer als weitere Minister Generalsekretär Andreas Scheuer als Verkehrsminister und Dorothee Bär als Entwicklungsministerin im Gespräch.

Im Koalitionsvertrag einigten sich Union und SPD auch auf den Bau des Forum Recht, das in Karlsruhe auf dem Gelände des Bundesgerichtshofs entstehen soll. Das Projekt, das sich in Anlehnung an das Haus der Geschichte in

Bonn dem Thema Rechtsstaat widmen soll, wird von einem Initiativkreis in Karlsruhe seit längerer Zeit vorangetrieben. Der Karlsruher Oberbürgermeister Frank Mentrup zeigte sich erfreut über die Nachricht aus Berlin, man sei der Umsetzung nun ein „entscheidendes Stück näher gekommen.“

Die Reaktionen in der Region auf die Einigung waren gemischt. Ein „wichtiges Signal nach innen und außen“ nannte sie der Weingartener Europaabgeordnete Daniel Caspary (CDU). „Deutschland hat eine stabile Regierung und bleibt ein zuverlässiger Partner“, sagte Caspary dieser Zeitung. Hingegen sieht die frühere Karlsruher Regierungspräsidentin Gerlinde Hämmerle (SPD) der Beteiligung ihrer Partei an einer neuen GroKo mit großem Unbehagen entgegen. „In einem solchen Bündnis ist der kleine Partner immer der Verlierer, der bei der nächsten Wahl schlecht da steht.“ Die 77-Jährige sieht den Zusammenhalt der gespaltenen SPD in Gefahr, wobei sie selbst bei der Mitgliederabstimmung Nein zur Koalition mit der Union sagen will.

Feuerwehr löscht Wohnhausbrand

Karlsruhe (ti). Ein Einfamilienhaus hat am Mittwochabend in der Lindenallee im Karlsruher Stadtteil Daxlanden gebrannt. Wie die Polizei mitteilt, mussten die Bewohner – es handle sich um ein Ehepaar – ins Krankenhaus gebracht werden, weil sie einen Schock erlitten.

Die Feuerwehr wurde um 20.50 Uhr alarmiert und sprach später von einem Vollbrand. Die Löscharbeiten dauerten bei Redaktionsschluss an. Bei benachbarten Gebäuden müssten die Dächer geöffnet werden, hieß es, damit sich das Feuer nicht weiter verbreiten könne. Die Bewohner dieser Häuser wurden von den Rettungskräften in der Rheinstrandhalle untergebracht. Zur Brandursache konnte die Polizei am späten Abend noch keine Angaben machen.

Narrendefilee mit TÜV-Gutachter

Karlsruhe (ke). Bis zu 100 000 Zuschauer erwarten die Organisatoren des Durlacher Fastnachtsumzugs am Fastnachtssonntag, 11. Februar. 3 500 Teilnehmer in 70 Zuggruppen schieben sich ab 14.11 Uhr durch die historische Kulisse der Altstadt. Erstmals inspiziert ein TÜV-Gutachter die Wagen vor dem Start – eine Reaktion auf den schweren Vorfall beim Hexenumzug in Eppingen. Angesichts aktueller Negativschlagzeilen auch über Alkoholmissbrauch durch Jugendliche steht es um eine Wiederauflage des Fastnachtsumzugs in Daxlanden schlecht. ■ Lokales

London muss mit Strafen rechnen

Brüssel droht Briten mit Sanktionsklauseln

Brüssel (AFP). Großbritannien muss während der Übergangsphase nach dem Brexit mit Sanktionen für den Fall rechnen, dass es sich nicht an EU-Regeln hält oder den „Interessen der Europäischen Union“ schadet. Dies geht aus dem Entwurf für ein Abkommen zu der angepeilten Übergangsphase hervor, den die EU in Brüssel veröffentlichte. Das Europaparlament forderte am gleichen Tag eine Verringerung seiner Sitz-

Übergangsphase, während Großbritannien weiterhin Zugang zum Binnenmarkt haben soll. Die EU knüpft dieses Zugeständnis aber an Auflagen: So muss die Regierung in London während der Übergangsphase weiterhin alle EU-Gesetze einhalten – auch wenn sie dann kein Mitspracherecht mehr hat. Sie muss etwa die Niederlassungsfreiheit für alle EU-Bürger gewährleisten und die Rechtsprechung des EuGH anerkennen. Die Klausel zu den Sanktionen wurde als Fußnote in den fünfseitigen Entwurf zur Übergangsphase eingefügt. Dabei gehe es um einen Mechanismus, „der es der Union erlaubt, gewisse Vorteile auszusetzen, die Großbritannien durch seine Teilnahme am EU-Binnenmarkt hat“, heißt es in dem Text.

Der deutsche Brexit-Beauftragte Peter Ptasek erklärte derweil im Kurzbotschaftendienst Twitter, der Entwurf liefere „die Klarheit, die die Wirtschaft angesichts des Brexit braucht“.



PROTEST in London: Um den Brexit wird hart gefeilscht. Foto: dpa

Macron bremst die Korsen

Bastia (AFP). Bei seinem ersten offiziellen Besuch auf Korsika hat Frankreichs Präsident Emmanuel Macron zentrale Forderungen der regierenden Nationalisten zurückgewiesen. In einer Rede zur Zukunft der Mittelmeerinsel sprach sich Macron in Bastia dagegen aus, die korsische Sprache dem Französischen gleichzustellen. Zu einer größeren politischen Autonomie sagte der Präsident lediglich, er „respektiere“ dieses Ansinnen.

„Erster Brite war schwarz“

London (dpa). Der „erste moderne Brite“ war nicht blass und rot haarig. Er hatte dunkelbraune bis schwarze Haut, strahlend blaue Augen und dunkle gelockte Haare. Das ergab jetzt eine DNA-Analyse des 10 000 Jahre alten „Cheddar Man“. Sein vollständig erhaltenes Skelett war vor über 100 Jahren in einer Höhle bei Cheddar in der Grafschaft Somerset entdeckt worden. Zehn Prozent der heutigen Briten sind mit ihm verwandt.



4 195317 402008

41006

